

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

23.5.1866 (No. 120)

Karlsruher Zeitung.

Wittwoch, 23. Mai.

N. 120.

Vorausbezahlung halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gehaltene Beizeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Telegramme.

München, 22. Mai. Heute ist ein großer Armeebefehl erschienen. Alle Feldspitäler und Verpflegungsbetheilungen werden mit Offizieren besetzt, einige Hundert Oberoffiziere befördert und 381 neue Unterleutnants ernannt.

Dresden, 21. Mai. Ein Extrablatt des „Dresdner Journ.“ meldet, daß der Pariser Kongreß allseitig angenommen worden sei, und daß die Eröffnung nächsten Freitag stattfinden werde. [Aus einem gestern, 22. d., ausgegebenen Extrablatt wiederholt.]

Berlin, 22. Mai. Der „Staatsanzeig.“ enthält einen Erlaß vom 19. Mai, wornach, vorbehaltlich der Gegenseitigkeit, im Kriegsfall feindliche Handelsflotte durch preussische Kriegsschiffe nicht aufgebracht noch weggenommen werden sollen.

Schleswig, 22. Mai. (W. L. B.) Gouverneur v. Manteuffel ist gestern nach Kiel gereist und wird heute zurück erwartet.

Bukarest, 21. Mai. (W. L. B.) Heute Morgen fand der feierliche Einzug des Prinzen von Hohenzollern statt.

Florenz, 21. Mai. Ein Dekret ermächtigt den Kriegsminister, Pferde für den Kriegsdienst zu requiriren.

Florenz, 22. Mai. In der letzten Woche wurden 26,000 Mann für Garibaldi angeworben.

Paris, 22. Mai. (W. L. B.) Der „Constitutionnel“ schreibt: Frankreich und England sind über den Wortlaut der an die Regierungen zu richtenden Mittheilungen übereingekommen. Die Antwort Rußlands wird erwartet. Alles läßt hoffen, daß in wenigen Tagen die drei Kabinette in der Lage sein werden, ihren Schritt vollends auszuführen. Es ist unmöglich, sich über den Ernst der Zerwürfnisse zwischen Preußen, Oesterreich und Italien einer Täuschung hinzugeben; allein wenn Frankreich, England und Rußland sich einer solchen Aufgabe unterziehen, so wäre es kühnlich, anzunehmen, daß sie dieselbe nicht ernstlich nehmen. Nach dem, was verlautet, würden die drei Mächte die Bedingungen eines Einvernehmens über diejenigen Gebietsausgleichungen suchen, welche gleichmäßig Preußen, Oesterreich und Italien entschädigen würden. Im Aufsuchen dieser Entschädigungen besteht die Schwierigkeit der künftigen Verhandlungen.

Deutschland.

Karlsruhe, 22. Mai. Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin hat sich gestern Nachmittag zum Besuch Ihrer Majestät der Königin von Preußen nach Baden begeben, und wird heute Abend wieder hieher zurückkehren.

Frankfurt, 19. Mai. Der von den Regierungen, welche auf der Ministerkonferenz in Bamberg vertreten waren, in der heutigen Sitzung der Bundesversammlung eingebrachte Antrag lautet nach einer Extrabeilage der „Bayer. Ztg.“, wie folgt:

Die k. k. österreichische Regierung hat wiederholt sowohl als außerhalb der Bundesversammlung bestimmt erklärt, daß sie den Bundesfrieden im Sinne des Art. 11 der Bundesakte streng wahren werde, und daß den Absichten Sr. Maj. des Kaisers nichts fernere liege, als ein offensives Auftreten gegen Preußen. Ganz in demselben Sinne hat sich die königl. sächsische Regierung sowohl in ihrer Note vom 29. v. M., als in ihrem Antrag vom 5. d. M. ausgesprochen. Von Seite der königl. preussischen Regierung ist in den beiden Erklärungen ihres Gesandten in der Sitzung vom 9. d. M. ausdrücklich gesagt, daß ihre Rüstungen einen entschiedenen defensiven Charakter tragen, und wenn dabei eine Schlusswendung gebraucht worden ist, welche nicht sowohl die Bundesverträge und insbesondere den Art. 11 der Bundesakte, als vielmehr die europäische Stellung Preußens betont, so ist auf Verneinung offensiver Absichten um so mehr das entscheidende Gewicht zu legen, als es bekannt ist, daß die königl. preussische Regierung der k. k. österreichischen Regierung gegenüber offiziell und bestimmt erklärt hat, daß Sr. Maj. dem König nichts fernere liege, als der Gedanke an eine Offensive gegen Oesterreich. Von den übrigen Bundesregierungen, welche sich inzwischen zu militärischen Maßregeln und Rüstungen veranlaßt gesehen haben, ist ebenso vorauszusetzen, daß denselben jeder Gedanke fernere liegt, den Bundesfrieden zu brechen, zu dessen Erhaltung alle Bundesglieder gleichmäßig verpflichtet sind. Unter diesen Umständen erscheint die Frage nach der Priorität der Rüstungen nicht mehr von entscheidender Bedeutung, und sie kann von Niemanden, der den Frieden ernstlich will, als ein Grund erachtet werden, um Kriegsrüstungen in der Richtung gegen Bundesgenossen aufrecht zu halten. Vielmehr ergibt sich der auch von der k. preussischen Regierung selbst angeregte Gedanke der Entwaffnung, aber als eines gleichzeitigen Aktes aller Bundesgenossen unter einander, als die notwendige Folge der allseitigen Friedenserklärungen. Demgemäß stellen die Regierungen den Antrag: Hohe Bundesversammlung wolle an alle diejenigen Bundesglieder, welche militärische, über den Friedensstand hinausgehende Maßnahmen oder Rüstungen vorgenommen haben, das Ersuchen richten, in der nächsten Sitzung der Bundesversammlung zu erklären: ob und unter welchen Voraussetzungen sie bereit seien, gleichzeitig, und zwar von

einem in der Bundesversammlung zu vereinbarenden Tag an, die Zurückführung ihrer Streitkräfte auf den Friedensstand anzuordnen. Die antragstellenden Regierungen hegen das Vertrauen, daß dieser Antrag um so mehr von allen Seiten bereitwilliges Entgegenkommen finden werde, als derselbe, wie auch in der Erklärung der k. preussischen Regierung vom 9. d. M. ausdrücklich anerkannt ist, unzweifelhaft in der Kompetenz und Aufgabe der hohen Bundesversammlung liegt. Die k. sächsische Regierung hat sich zwar, weil sie durch ihren Antrag vom 9. d. M. die Frage der Rüstungen angeregt hatte, an dieser Antragstellung nicht betheiligt. Aber sie wird dem Antrag unzweifelhaft zustimmen.

München, 21. Mai. (Pfalz. Ztg.) Es ist ein kleiner Armeebefehl erschienen, in welchem die ad latus der vier Generalkommandos ernannt wurden. Generalleutnant v. Lindenfels wird ad latus beim Generalkommando Nürnberg; Generalmajor Scheel beim Generalkommando München; Generalmajor Fuchs in Augsburg; Generalmajor Reselrode-Hugenpost in Würzburg. Außerdem wurden nur einige Stadt- und Festungskommandos besetzt. Der Artillerieoberst Steindorf wurde Generalmajor und Stadtkommandant in Würzburg; Infanterieoberst Heberling Generalmajor und Stadtkommandant in Augsburg u. s. w.

Vom Niederrhein, 19. Mai. Die „Köbl. Ztg.“ meldet: „Auf der Eisenbahnstrecke Köln-Weglar sind 177 Ertragszüge für Truppen des 7. und 8. Armeekorps angefaßt. Ein Theil des 7. Armeekorps soll unter Benützung der westfälischen Bahnen bis Bielefeld befördert und von dort per Fußmarsch nach Weglar dirigirt werden. Es ist nun auch der Befehl gekommen, daß aus den nicht zu Festungsbesatzungen bestimmten Landwehr-Bataillonen des 7. und 8. Armeekorps ein Reservekorps von ungefähr 20,000 Mann bei Siegen aufgestellt werden soll. In Weglar sind große Magazine angelegt und in Betreff der erforderlichen Lieferungen in diesen Tagen in Köln und Koblenz Verträge abgeschlossen. Schon seit gestern sind mehrere Generalsstabsoffiziere und Beamte der Verpflegungsbranche aus Berlin hier anwesend.“

Hannover, 19. Mai. In der offiziellen „Nordsee-Ztg.“ wird über die Stellung der hannoverschen Regierung folgender Aufschluß gegeben: Nachdem die Bemerkung vorangeschickt, daß Hannover nicht gerüstet, sondern nur wegen der drohenden Kriegslage die Einzerrüstung seiner Truppen statt im Herbst schon jetzt vorgenommen habe, wird weiter berichtet:

Bei der unverkennbar hohen Wichtigkeit, welche Hannover's Stellung bei seiner Belegenheit für Preußen wie das ganze übrige Deutschland hat, nahm Preußen Anlaß, diese Maßregeln zum Gegenstand mündlicher Besprechung zu machen, und erfolgte zugleich von Seiten Preußens der Wunsch der Zurücknahme der angeordneten militärischen Maßnahmen unter der Frage, ob die hannoversche Regierung bereit sei, mit Preußen einen Vertrag über Wahrung der Neutralität abzuschließen. Es geht hieraus hervor, daß die „Kreuz-Ztg.“ in einem Irrthum befangen ist, wenn sie berichtet, Hannover habe die Neutralität angeboten; von bewaffneter Neutralität vollends, wie von derselben Seite berichtet wird, ist nirgends die Rede gewesen. Diesseit wurde auf das preussische Anerbieten erwiedert, daß die hannoversche Regierung unter allen Umständen fest am Bunde und dem Bundesrecht halte, aber im Fall eines Kriegs zwischen Oesterreich und Preußen, der übrigens nach dem Bundesrecht verboten, unmöglich sei, und faktisch das Bundesrecht auflöse, neutral bleiben wolle, und gern bereit sei, über die Wahrung der Neutralität sich mit Preußen zu verständigen.

Berlin, 19. März. Wiener Blätter bringen folgende telegraphische Nachrichten: Zuverlässige Mittheilungen von wichtigen Beschlüssen des Kriegsraths melden die Konzentration von vier Armeen bis 14. Juni, nämlich: Erste Armee, siebentes und achtes Armeekorps mit Landwehr in Wehlar zum Schutz des Rheins gegen süddeutsche Kontingente; zweite Armee, viertes Armeekorps nebst Landwehr, erstes, zweites und viertes Korps in Erfurt zum Schutz der Provinz Sachsen, eventuell zu Operationen längs der Kasseler Bahn mit der Rheinararmee; dritte Armee, Garde, drittes Armeekorps, bei Frankfurt a. d. O. zur Deckung der Hauptstadt und als Reservekorps für die Hauptarmee in Schlesien. Vierte Hauptarmee: erstes, zweites, fünftes und sechstes Armeekorps bei Reisse und Gleiwitz, angeblich zum Schutz des durch österreichische Truppenanhäufungen bedrohten Schlesiens. Zu Armeekommandanten sind bestimmt: der Kronprinz, Prinz Friedrich Karl, der Herzog von Mecklenburg, die Generale Schack, Herwarth, Müntius und Moltke.

Berlin, 20. Mai. Die „Kreuz-Ztg.“ sagt: Wenn die Meldung des „Memor. diplom.“ wahr ist, daß Oesterreich mit den Mittelstaaten sich vereinbart hat und die Lösung der Herzogthümerfrage nicht mit Preußen verhandeln, sondern dem Bundesrat überweisen will, so sei anzunehmen, daß Oesterreich keine Verständigung wolle, da Preußen unzweifelhaft jene Bedingung nicht eingehen könne.

Der „Berlin. Börsen-Ztg.“ [beiläufig gesagt, ein im Allgemeinen sehr unzuverlässiges Blatt] ging gestern folgenden Telegramm aus Brüssel zu: „Der Abschluß eines Allianzvertrages zwischen Preußen und Italien ist eine

Thatsache. Der Vertrag beginnt mit den Worten: „Pour assurer la paix européenne“, sichert Italien Venetien zu und stellt für Preußen eine Entschädigung durch nordösterreichisches Gebiet in Aussicht.“ Heute erklärt dasselbe Blatt, dieser Allianzvertrag solle, wie ihm übereinstimmend von verschiedenen Seiten berichtet werde, gestern vom König unterzeichnet sein. Der Vertrag sei vor der Abreise des Generals Govone bereits paraphirt gewesen.

Berlin, 20. Mai. (Köln. Ztg.) Die offizielle Antwort Oesterreichs wegen des Kongresses wurde heute Abend oder morgen früh erwartet. Man glaubt heute, Oesterreich werde den Kongreß ohne bestimmtes Programm anzunehmen sich bereit erklären. Wahrscheinlich will es die Verantwortlichkeit dafür, daß seine Weigerung den Kongreß zum Scheitern gebracht habe, nicht übernehmen; dazu kommt die Erwägung, daß ein Kongreß zu Fünfen ohne Oesterreich zusammentreten könnte. Rußland namentlich macht bezweifelnde die größten Anstrengungen. Rußland wünscht den Frieden aus vielen Gründen, u. A. auch, weil es bei dem Ausbruch des Krieges ein Observationskorps aufstellen müßte, das seine Finanzen stark in Anspruch nehmen würde. Oesterreich soll — ob ernstlich oder weil es damit eine indirekte Ablehnung andeuten wollte — in London angedeutet haben, die Abtretung Venetiens könnte nur erörtert werden, wenn man Oesterreich zu gleicher Zeit eine territoriale Entschädigung in Aussicht zu stellen im Stande wäre. Man soll den Grafen Apponyi darauf aufmerksam gemacht haben, daß Europa über kein freies Territorium von vorn herein verfüge, ein solches Verlangen daher kaum ernsthaft behandelt werden könne. Geht Oesterreich auf den Kongreß ein, so geschieht es selbstverständlich in der Voraussetzung, daß es an die etwaigen Beschlüsse des Kongresses so wenig wie die andern Mächte gebunden sein werde. — Wegen Hannovers ist vorerst jede Beunruhigung verschwunden. — Die Urwahlen sollen um Mitte Juni zu erwarten sein.

Berlin, 21. Mai. Wie verlautet, wird Sr. Maj. der König sich alsbald zu längerem Aufenthalt nach der Provinz Schlesien begeben. Der Ministerpräsident, sowie das Zivil- und Militärkabinett begleiten Sr. Maj. dorthin. — Dem Vernehmen nach findet am Donnerstag den 24. d. M. im neuen Palais die feierliche Taufe der jüngstgeborenen Tochter Sr. K. H. des Kronprinzen statt. Während der Kronprinz sich nach Schlesien begibt, wird J. K. H. die Frau Kronprinzessin mit ihren Kindern ihre Sommerresidenz im neuen Palais behalten. — Sämmtliche Armeekorps haben jetzt wieder die Kriegsfornation in drei Divisionen. Sie bestehen aus je zwei Infanteriedivisionen und einer Kavalleriedivision. Während der Friedenszeit gehören bekanntlich die Kavalleriebrigaden zum Divisionsverband mit der Infanterie. Bei Mobilmachungen werden dieselben zu besondern Divisionen vereinigt. Für das Gardekorps besteht letztere Einrichtung auch im Frieden. — Im Anschluß an die „patriotische Vereinigung“ hat sich hier ein Frauenkomitee gebildet, welches zunächst die Fürsorge für die hilfsbedürftigen Familien der im Feld rückenden Krieger sich zur Aufgabe setzt.

Wien, 19. Mai. (N. Ztg.) Mit dem heutigen Tag ist der Verkehr auf der Nord- und Staatsbahn nach Böhmen und Schlesien bis auf einen einzigen Zug, welcher 24 Stunden brauchen wird, um nach Prag bezw. Oberberg zu gelangen, vollständig eingestellt. Von morgen angefangen sollen die Truppen die kriegsmäßige doppelte Böhmung erhalten, und ist auch davon die Rede, daß gleichzeitig die Einhebung eines Kriegsteuer-Zuschlags angeordnet werden soll. Auch der telegraphische Verkehr ist durch die große Steigerung desselben sehr erschwert, da die Zahl der Beamten zu gering ist, und Depeschen erst mehrere Stunden nach Aufgabe zur Beförderung gelangen. Eine große Anzahl junger Leute aus den höchsten Familien ist in den aktiven Dienst der Armee eingetreten. Die Nachricht, daß der ungarische Landtag ein Korps von 80,000 Mann aufstellen wolle, ist gänzlich unbegründet. Erzherzog Rainer soll demnächst aus Italien hieher zurückkehren.

Wien, 19. Mai. Zur Sicherung Wiens wird an der Donau bei Floridsdorf ein großer Brückenkopf angelegt; auch der Uebergang bei Groß-Enzersdorf wird befestigt; dergleichen sollen die bereits vor längerer Zeit begonnenen Verteidigungswerke auf dem Lagerberge schleunigst vollendet werden. Die Kosten dieser Arbeiten sind auf 5 Millionen veranschlagt. — Die Affentirung von Freiwilligen in der Armee geht rasch von Statten. In den ersten zwei Tagen nach Veröffentlichung der bezüglichen Verordnung wurden in Prag allein 400 Mann affentirt. Der größte Theil der Affentirten hat bereits gedient. Außerdem haben auch eine größere Anzahl junger Leute aus den besseren Ständen, dann mehrere Privatbeamte um Affentirung als Kadetten in speziell gewählte Truppenteile nachgesucht. — Eine galizische Deputation, welche sich zur Formirung eines aus Ruthenen bestehenden „Niederster Freiwilligen-Kavalleriekorps“ erbietet, wurde vorgestern vom Kaiser empfangen. — Wie die Grazer Blätter melden, hat der Kaiser die Aufstellung eines freiwilligen Alpenjägerskorps in den Herzogthümern Steiermark,

Kärnten und Krain für den Kriegsfall genehmigt, und mit der Organisation desselben den Major Arthur Grafen Wensdorff (Bruder des Ministers) unter Beförderung zum Oberstleutnant betraut. — Der tyrolische Abgeordnete v. Comini fordert die in Wien lebenden Tyroler auf, eine Scharfschützenkompagnie zu bilden; Erzherzog Karl Ludwig, der frühere Statthalter von Tyrol, hat seine Unterstützung zugesagt. Die vier Enkel Andreas Hofers: Johann, Karl, Andreas und Ferdinand, haben sich in die Reihen der Landesverteidiger einschreiben lassen (der älteste Enkel Joseph fiel bei Goito 1848, wo der zweite, Johann, gefangen genommen wurde).

† **Wien, 20. Mai.** Ein Kongressvorschlag ist noch nicht formuliert, aber er steht ohne Zweifel bevor. Seit reichlich 14 Tagen verhandelt Hr. Drouin de Lhuys darüber mit den Repräsentanten Englands und Russlands in Paris. England schlug Anfangs eine Basis vor, nach welcher die Annexion der Herzogthümer unter allen Umständen unstatthaft, die obligatorische Abtretung Venetiens ohne entsprechende Kompensation nicht diskutierbar, die orientalische Frage ganz ausgeschlossen, und endlich die Bundesreform nicht acceptabel sein sollte. Diese Basis wurde seitdem von England selbst aufgegeben und nach gewissen in großen Zügen vereinbarten Grundzügen ein Programm entworfen, welches Frankreich zu revidiren hat, welches aber, bevor es den Kabinetten von Wien, Berlin und Florenz vorgelegt wird, noch der Gutheißung der englischen und russischen Regierung bedarf. Was speziell die Stellung Oesterreichs zum Kongress betrifft, so soll Fürst Metternich, als die ersten Andeutungen über das Projekt hieher gelangten, sofort angewiesen worden sein, dem französischen Kabinet in vertraulicher Weise die Ansicht nicht vorzuenthalten, daß nach der diesseits feststehenden Ueberzeugung der Kongress nicht allein den Krieg nicht aufhalten, sondern daß er aller Wahrscheinlichkeit nach bei seinem Schluß die Mächte noch uneinig finden werde, als bei seinem Beginn.

Wien, 21. Mai. (Fr. P.-Ztg.) Dem Vernehmen nach wird heute hier und in Berlin die in Paris vereinbarte Note wegen des Kongressvorschlags übergeben werden.

Wien, 21. Mai. (A. Z.) Ungeachtet der Meldung des „Dresden. Journ.“ ist hier bisher keine offizielle Mittheilung des Kongressvorschlags erfolgt, was auch das offizielle Korrespondenzbureau in Randnote bemerkt.

Donaufürstenthümer.

Wesib, 21. Mai. (W. T. B.) In den Abgeordnetenkreisen herrscht die Ueberzeugung, daß die Forderungen des Landtags in kürzester Frist befriedigt werden. Graf Maybach würde andernfalls seine Entlassung nehmen. Die Burggemächer beider Majestäten werden schleunigst hergerichtet.

Venedig, 21. Mai. (A. Z.) Die amtliche Zeitung enthält gelegentlich des Dekrets zur Anwerbung von Freiwilligen in Lombard-Venetien die Bestimmung, daß lombard-venetianische junge Männer, welche zur Anwerbung nach dem Königreich Italien gehen, im Betretungsfall vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollen.

Donaufürstenthümer.

* Die Pariser „Patrie“ gibt einiges Nähere über die Reise des Prinzen Karl von Hohenzollern nach den Donaufürstenthümern. Er begab sich im strengsten Incognito, nur von einem rumänischen Offizier und seinem Sekretär, Hrn. v. Werner, begleitet, bis an die Donau und schiffte sich auf einem Dampfschiff (wo? ist nicht angegeben) ein. Als das Schiff an der ersten rumänischen Stadt, Turn-Severin, anlegte, um Kohlen einzunehmen, ging der Prinz ans Land, ließ sich von dem Präsesen führen und sprach: „Ich bin der Prinz von Hohenzollern und ersehe hier auf den Wunsch der Rumänen.“ Er wies sich hierauf über seine Identität aus und wurde von der wallachischen Bevölkerung der Stadt, welche Kenntniß von dem Ereigniß erhalten hatte, mit dem begeistertsten Jubel begrüßt. Es wird berichtet, die erste Sorge des Prinzen, als er seinen Fuß auf rumänischen Boden gesetzt hat, sei gewesen, an den Sultan zu schreiben und denselben zu versichern, daß er die Verträge, die die Fürstenthümer an die Türkei knüpfen, respektiren werde. Der Prinz wird am Dienstag 22. Mai seinen feierlichen Einzug in Bukarest halten. Die H. H. Solesco und Haralambi reisten ihm zum Empfang entgegen.

Italien.

Florenz, 19. Mai. (W. T. B.) Man versichert, daß bereits 20 Freiwilligenbataillone komplet sind, und man glaubt, daß wegen des großen Zubrangs nächstens weitere Bataillone gebildet werden.

Florenz, 20. Mai. Die heutigen Blätter sind der Ansicht, der Senat werde das Gesetz über Besteuerung der Rente verwerfen. Die Handelskammer von Neapel hat gegen dieses Gesetz eine Petition an den Senat gerichtet. Der Finanzminister Scialoja hat sein Entlassungsgesuch noch nicht definitiv zurückgezogen.

* **Mailand, 19. Mai.** Der Divisionsgeneral Grifini hat, der „France“ zufolge, an seine Soldaten folgenden Tagesbefehl erlassen:

Soldaten der unter die Fahnen berufenen Klassen! Die Feinde unseres Landes sagten bereits ganz leise, Ihr würdet zaudern, auf den Ruf der Pflicht herbeizukommen. Aber Italien sieht Euch fröhlich und dicht unter seine Fahnen scharen und kennt seine Söhne. Im Namen des Vaterlandes und der Regierung des Königs danke ich Euch, Soldaten! Die Arroganz des Fremden erregt Euch nur, damit Ihr die Waffen ergreift und ihn für immer von unserm Gebiete verjagt. Soldaten! Ihr verlaßt heute, nicht ohne Thränen, Eure Familien; aber ihre Wünsche folgen Euch. Ihr werdet die Geschichte des Vaterlandes vollziehen, und Ihr werdet mit gerechtem Stolz Euren Kindern sagen: „Wir lassen Euch ein unabhängiges Vaterland! Nun ist's an Euch, es größer zu machen!“ So lebe Italien! So lebe der König!

Venetianische Grenze, 20. Mai. Eine Kommission von höheren Offizieren hat die Befestigungen von Polesina inspizirt und ist dabei zu einem ungünstigen Resultat gelangt.

Franreich.

* **Paris, 21. Mai.** General Almonet hat gestern dem Kaiser sein Beglaubigungsschreiben als Gesandter des Kaisers von Mexiko, eine Vollmacht für eine besondere, am hiesigen Hof zu erfüllende Mission und das Abberufungsschreiben seines Vorgängers, Jose Hidalgo, in feierlicher Audienz überreicht.

Das „Pays“ sieht auch in dem günstigsten Fortgang der zwischen Paris, London und St. Petersburg schwebenden präliminären Verhandlungen über den Kongress noch keine Aussicht auf eine friedliche Lösung des großen Konflikts.

Angenommen selbst, sagt er, Oesterreich, Preußen und Italien gingen auf diese Idee ein, so müßten doch von diesen 3 Mächten zu große Zugeständnisse aus Liebe zum Frieden gemacht werden, als daß man zu einem gütlichen Ausgang gelangen könnte. Uebrigens hat sich auch noch keine dieser 3 Mächte über ein Projekt ausgesprochen können, das bis jetzt noch keiner von ihnen in regelrechter Form zu gestellt worden ist. Welche Friedenshoffnungen soll man vernünftiger Weise in die Anstrengungen der Diplomatie in der gegenwärtigen Sachlage und bei der gegenseitigen Lage der beteiligten und in die Frage hineingezogenen Mächte setzen, deren Stimmung und Ansprüche man kennt!

Die „Liberté“ vergleicht diese Kongressbemühungen mit den Scheinverordnungen für einen unrettbar verlorenen Patienten, bei dem Diät oder Indigestion das Ende auch nicht um einen Augenblick beschleunigen oder aufhalten. Die gegenwärtigen Kongressverhandlungen seien nur noch eine letzte Geunthnung für die absoluten Friedensfreunde. — Der türkische Minister des öffentlichen Unterrichts, Kemal-Effendi, ist seit einigen Tagen in Paris. Er hat die hauptsächlichsten höhern Lehranstalten besichtigt. — Der „France“ zufolge wird der Bericht der Budgetkommission wahrscheinlich in den nächsten Tagen in den Bureau der Kammer niedergelegt werden. Derselbe wird sofort gedruckt werden, und man meint, die Budgetdiskussion könne gegen den 10. Juni beginnen.

Die „Liberté“ meint, daß es wohl in den Gewässern von Cattaro, wohin die ital. Flotte wahrscheinlich sich begeben werde, zum ersten feindlichen Zusammenstoß kommen dürfte. Cattaro sei als Kriegshafen erklärt, und es sei deshalb jedem fremden Kriegsschiff verwehrt, in die innern Gewässer des Golfs einzulaufen. Wenn also die ital. Flotte vor San-Giovanni oder Castellnuovo erscheinen werde, so werde sie von den Geschützen dieser Festungen empfangen werden. Auf diese Weise seien also die Feindseligkeiten ohne vorherige Kriegserklärung eröffnet, und Oesterreich habe den ersten Kanonenschuß abgefeuert.

Die Börse ist heute des zweiten Pfingsttags und des herrlichen Wetters wegen schwach besucht. Die Generalversammlung des Cred. Mobilier, welche am verwichenen Samstag stattgefunden, bildet den Hauptgegenstand der Unterhaltungen. Die 25-% Dividende sind, wie man voraussetzen mußte, dahin, und die bedeutliche Stimmung, welche die nunmehr bekannt gewordene Bilanz dieser Gesellschaft erregt hat, findet kaum in der heutigen Baisse von 7.50 einen hinreichend entsprechenden Ausdruck. Die Krisis jenseits des Kanals, die man entschieden in Abnahme glaubte, scheint wieder neu losbrechen zu wollen. Die Zahlungseinstellung der European Bank, die in Paris und Marseille Filialanstalten hat, beunruhigt auch hier nicht wenig. Die Consols sind $\frac{1}{2}$ Prozent gefallen. Dazu kommen noch von allen Seiten Nachrichten, die kriegerischer lauten, als je. Erst kam am Ende trat eine Besserung ein, welche die Kurse gleichm. weit über ihren niedrigen Tagesstand hob. Rente 63.15, Cred. mob. 506.25, ital. 38.

Paris, 22. Mai. Die Wechselagenten wollen im Fall der Einführung der Rentensteuer in Italien die italienische Rente nicht mehr notiren.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 20. Mai. (W. T. B.) Das „Journ. de St. Petersb.“ widerlegt die Nachricht, daß der Kaiser Alexander Oesterreich die Abtretung Venetiens gerathen und Unterstützung gegen Preußen versprochen habe. Rußlands Bemühungen bezwecken Beschwichtigung und Veröhnung. Das russische Kabinet erblickt in dem Kongressprojekt eine Chance für den friedlichen Verlauf der Dinge; seine Bemühungen nehmen mit dem Ernst der Lage zu, und es wird bis zuletzt die Pflichten der Humanität erfüllen. Es ist jedoch falsch, Rußland eine andere Sprache beizulegen, als die der freundschaftlichen Ueberredung, eine andere Haltung als völlige Unparteilichkeit.

Aus Livland, 16. Mai. (W. T. B.) In den deutschen Zeitungen tauchen wiederholt Berichte von Konzentrationen russischer Truppen in den Grenzdistrikten Polens und Littauens auf. Diese Nachrichten sind total falsch. Bis jetzt haben noch keine Truppendislokationen in sämtlichen westlichen Gubernien des Reichs stattgefunden, eben so wenig sind russische Truppen längs der preussischen Grenze bereits aufgestellt. Zur Zeit sind Stand und Zahl der Truppenkörper hier, in Litthauen und Polen unverändert wie vor Jahresfrist. Dagegen sind alle Maßregeln getroffen, sobald die Feindseligkeiten zwischen Oesterreich und Preußen beginnen sollten, ein Observationskorps an den Grenzen des preussischen Polens und Galiziens aufzustellen, angeblich meist um einen Aufstand in preussischen Polen, der im Kriegsfall projektirt zu sein scheint, zu verhindern. In dieser Beziehung ist zwischen Preußen und Rußland unlängst eine Einigung erzielt.

Türkei.

Salonik, 18. Mai. Leonidas Bulgari ist mit seinen Banden in türkisches Gebiet eingebrungen. Diese wurden von der türkischen Miliz zurückgeworfen, Bulgari gefangen und hieher abgeführt.

Heberlandpost.

Triest, 21. Mai. (A. Z.) In Ancona werden für die Ankunft einer 40 Schiffe zählenden Flotte Vorbereitungen ge-

trossen. — Die Ueberlandpost bringt folgende Nachrichten: Alexandria, 12. Mai. Unter den in Suez aus Mekka eingetroffenen Pilgern herrscht vollkommen befriedigender Gesundheitszustand. Nachrichten aus Mekka selbst lauten günstig. — Bombay, 29. Apr. Die Anarchie in Afghanistan dauert fort. Zwischen den Russen und den Truppen Bucharas haben neue Gefechte stattgefunden. Die ersteren blieben siegreich. Der russische Gesandte in Samarkand wurde eingekerkert.

Amerika.

Neu-York, 10. Mai. Das Repräsentantenhaus hat das Amendement des Rekonstruktionskomitees angenommen. — Berichten aus Chili zufolge ist es den neutralen Schiffen vom spanischen Admiral untersagt worden, in chilenischen Häfen zu landen; die spanische Flotte ist unter Segel gegangen, um die nördlichen Häfen, einschließlich Callao's, zu beschließen.

Solb 129/4, Wechsel auf London 142, Bonds 102, Baumwolle 34 1/2.

Baden.

Karlsruhe, 22. Mai. Der Handelsverein in Ulm hat der Karlsruher Handelskammer seine Resolutionen für Erhaltung des Friedens und des durch den Krieg bedrohten Zollvereins zugesandt. Derselben lauten:

1) Durch die Kriegsdrohungen sind bereits Verluste am Volkswohlstand der Zollvereins-Staaten herbeigeführt, welche unermesslich sind und täglich höher steigen.

2) Ein Krieg zwischen Gliedern des Zollvereins zerreiht thatsächlich den erst unter großen Opfern erneuerten Zollvereins-Vertrag.

3) An Stelle der Zollgemeinschafft und ihres Tarifs tritt zwischen den kriegführenden Parteien der Auslandetarif, wenn nicht der Zollkrieg oder die gänzliche Aufhebung aller Waarenverkehrs.

4) Angesichts dieser theils schon eingetretenen, theils mit Bestimmtheit zu erwartenden Folgen eines Friedensbruchs unter den Verbündeten des Zollvereins erkennt der Handelsverein in Ulm es als Pflicht, daß der ganze Handelsstand des Zollvereins sich diese unseligen Thatfachen in ihrem vollen Umfang zum Bewußtsein bringe und sofort zur Abwehr des fernern schrecklichen Unglücks alle gesetzlichen Mittel ergreife.

Wir fordern den bleibenden Ausschuß des deutschen Handelstages auf, dies allen Regierungen der Zollvereins-Staaten, vor Allem der königl. preussischen Staatsregierung, eindringlich vorzustellen, damit sie von einem befürchteten Friedensbruch unter den Verbündeten abstehe und hiebei die täglich steigende Vernichtung des Nationalwohlstandes ein schleuniges Ende mache, die Zerstückung des Zollvereins selbst aber dauernd verhüte.

Ueber die allgemeine Lage des Handels und der Industrie in Deutschland hat sich die Karlsruher Handelskammer in ihrem eben ausgegebenen Jahresbericht pro 1865 unter Anderm bereits folgendermaßen ausgesprochen: „Hatten wir alle Ursache, mit den Erfolgen, welche auf handelspolitischem Gebiet im verwichenen Jahr durch Vereinigung deutscher Kräfte errungen worden sind, zufrieden zu sein, so wurden die frohen Aussichten, welche dem Handel und Verkehr eröffnet wurden, aufs bitterste getrübt durch die Gestalt, welche die Verhältnisse in neuester Zeit in Deutschland selbst angenommen haben. Die zwei mächtigsten deutschen Staaten setzen einander feindselig gegenüber. Obgleich der Konflikt schon solche Dimensionen angenommen hat, daß gegenseitig Vorbereitungen zu Kriegsrüstungen getroffen worden sind, so glauben wir doch nicht an einen Bruderkrieg. Wir glauben nicht, daß es nach all' den traurigen Erfahrungen, welche Deutschland im Beginn dieses Jahrhunderts gemacht hat, nochmals dahin kommen wird, daß sich deutsche Völker gegenseitig zerfleischen, da ja selbst der Sieger voraussichtlich keine Vortheile aus dem brudermörderischen Kampfe ziehen könnte, sondern letztere nur dem Ausland zufallen würden. Allein schon die Möglichkeit, daß der Konflikt diesen Höhepunkt erreichen könnte, hat dem Handel und Verkehr bereits tiefe Wunden geschlagen und enorme Verluste zugefügt. Es läßt sich daraus folgern, welches unberechenbare unsägliche Unglück über Deutschland hereinbrechen müßte, wenn es wirklich zum Ausbruch eines Kampfes käme. Wir hoffen daher mit Zuversicht, daß die leitenden Staatsmänner noch in der zwölften Stunde vor der ungehörigen Verantwortlichkeit zurückbeben werden, welche sie sich durch Entzündung eines Bruderkrieges aufladen würden. Wir hoffen in unserm nächsten Jahresbericht sagen zu können, daß unser Vertrauen auf den Patriotismus und die Einsicht unserer deutschen Staatsmänner nicht zu Schanden geworden ist.“

Dieses wurde vor 3 Wochen niedergeschrieben. Seitdem hat die politische Lage in Deutschland eine Gestalt angenommen, welche die Hoffnung der Karlsruher Handelskammer für Erhaltung des Friedens leider allerdings tief erschüttert hat. Die letztere hat gestern in außerordentlicher Sitzung, in Erwägung, daß der Augenblick drängt, und daß es deshalb nicht angezeigt sei, sich in Erörterungen über einzelne Punkte der Resolutionen des Handelsvereins in Ulm einzulassen, dieselben einfach und einstimmig angenommen, wovon der bleibende Ausschuß des deutschen Handelstages in Berlin bereits in Kenntniß gesetzt wurde.

Mannheim, 22. Mai. (Mannh. Z.) Gestern ist wieder ein Transport preussischer Reservisten, wie man hört der letzte, aus Hohenzollern hier durchgekommen. Heute haben bayrische Einberufene von der Pfalz nach dem jenseitigen Bayern unsere Stadt passiert.

Alsbach, 18. Mai. (Frbg. Ztg.) Die Maschinen nebst den sonstigen Einrichtungen unseres Hammerwerks sind verkauft und wandern in einigen Tagen größtentheils ins Ausland. Somit hört also der Betrieb des hiesigen Werkes auf. Welche Verwendungen die so gut im Stand erhaltenen Gebäulichkeiten erhalten, ist hier noch unbekannt.

Bermischte Nachrichten.

— Mannheim, 22. Mai. (Mannh. Z.) Heute Nacht war starker Reif, welcher an Reben, Kartoffeln u. Schaden anrichtete.

— Aus Hohenzollern, 20. Mai. (S. M.) Noch immer nimmt die Einberufung ihren regelmäßigen Verlauf. In der letzten Woche sind voll über 200 Mann nach ihren Garnisonen abgegangen, und wie wir vernehmen, werden in nächsten Tagen wiederum 250 Mann einberufen. Die fortgesetzten Einziehungen machen den allerstimmtesten Eindruck; denn es sind jetzt meist Familienväter, welche unter die Fahnen treten müssen.

Frankfurt, 20. Mai. (Abgeordnetentag). Die Verhandlungen begannen gegen 11 Uhr. Zunächst legt Dr. Müller von hier auseinander, warum er den Abgeordnetentag, der nach den Statuten sich alle Jahre einmal versammeln sollte, nach einer so langen Pause einberufen habe. So lange die schleswig-holsteinische Sache allein auf der Tagesordnung gestanden, habe die ständige Kommission gemeint, die Erörterungen darüber den einzelnen Landesvertretungen überlassen zu können. Anders jetzt, wo in Folge des furchtbaren Beginns der deutschen Großmächte, die Kriegssache an uns herantreten sei; da sei es nötig, sich zu verständigen, damit die einzelnen Kammer mit gemeinsamen Beschlüssen vorgehen können.

Nachdem das Bureau gebildet und Dr. v. Bennigsen den Vorsitz übernommen hatte, macht Dr. Passavant von hier die Mitteilung, daß die anwesenden Frankfurter für sich nur 10 Stimmen beanspruchen, was eine kurze Debatte für und gegen veranlaßt. Es werden hierauf verschiedene Anträge gestellt, darunter von Benedy: der Abgeordnetentag möge sich als Vorparlament erklären und die Berufung eines Parlaments betreiben; ein Ausschuss des Vorparlaments möge mit dem Bundesrat und den Einzelregierungen darüber verhandeln und die Wehrverfassung der Nation betreiben. Ein Antrag des ehemaligen Parlamentarier H. E. Mann aus Hessen geht dahin, der Abgeordnetentag möge sich als Wahlrechtsausschuss erklären. Ein Antrag W. Eder's geht auf Protest gegen den Krieg, sowie Abstreitung deutschen Landes, Vermittlung des Bundes zwischen den beiden Großmächten, Forderung des Parlaments, Volkswahlrecht u. s. w.; der von Dr. S. Müller, Passavant und Senoffen aus Frankfurt wurde bereits mitgeteilt. Endlich beantragt G. Egg aus Baden ein Schütz- und Truppbündnis der Mittel- und Kleinstaaten und Volkswahlrecht.

Dr. Böll von Augsburg vertritt nun zunächst die Ausführanträge (s. gefr. Blatt). Er führt aus, daß die Schuld Preußens in dem, was den Herzogthümern gegenüber geschehen, zwar größer sei, als die Oesterreichs; aber auch dieses habe schwer gefündigt. Hier sei Ultramontanismus, dort Junkerthum; bündelnde Zwecke seien auf beiden Seiten. Siegreich Preußen, so werde jede freirechtliche Entwicklung unterdrückt werden; junkerlicher Uebermuth werde zu weiteren Kämpfen führen; dem Regiment in Preußen könne nie der Beruf zuerkannt werden, in Deutschland ein besseres System einzuführen. Siegreich Oesterreich, wo die Entgermanisirung riesige Fortschritte mache, so werde es den nationalen Gedanken auch nicht pflegen helfen. In diesem Augenblick wird der Redner durch einen Kanonenschlag, auf den noch mehrere andere folgen, unterbrochen. In der dadurch veranlaßten Aufregung gelangt es dem Redner nur mit Mühe, das Wort wieder zu finden. Die Zuhörerräume sind etwas gelichtet. Die Abgeordneten kehren auf ihre Plätze zurück; die Damen sind zum größten Theil geblieben. Dr. Böll: Wir wollen die als Landesverräther brandmarken, stehen sie so hoch als sie wollen, die ein Stück von Deutschland abzugeben beabsichtigen. Und sollte das Rheinland dennoch von uns gerissen werden, so wollen wir unsere Aufgabe auf die Kinder und Kindesfinder übertragen, unsere Schmach zu rächen, und das Rheinland soll für Frankreich das deutsche Venetien werden. Bezüglich der Neutralität der Mittelstaaten sagte sich der Redner kurz. Er warnt, daß man kopulieren solle Partei nehmen, denn jeder der streitenden Theile verfolge eigensüchtige Zwecke. Nur durch Neutralität würde man den Krieg vermeiden (hier löste sich ein letzter Kanonenschlag). Die Parteien sind über diese Frage sehr getheilt; aber sicher steht für das Volk nichts zu erreichen im Sinn der nationalen Forderungen, wenn in den Kammern der Mittelstaaten keine geeigneten Bedingungen an die Selbstwillkür der Stände geknüpft werden. Dies müßte die Directiv für die Landesvertretungen abgeben, aber offen lassen solle man die Frage nach den Garantien selbst; diese zu fordern, müßte dem speziellen Fall überlassen bleiben. Der letzte Satz der Anträge behandelt das Parlament. Es sei kundlicher Eigensinn und eines Mannes unwürdig, das Parlament nur deshalb nicht anzunehmen, weil es als Bismarck angeboten. Denn wer habe das Parlament anders verlangt als das deutsche Volk, und dafür seit Jahren agitiert? Der Parlamentsgedanke stehe so hoch, daß er nicht entweiht werde, selbst wenn ihn der schmutzigste Mund ausgespreche; ohne Parlament kein Heil für Deutschland. Zur Einsicht des kundlichen Eigensinn aber werde man kommen, wenn man überlege, daß die kleinen Staaten das Parlament nicht absolut abgelehnt hätten, sie hätten nur dilatorische Einsprüche gegen dasselbe vorgebracht, um auf die Sache selbst nicht eingehen zu müssen. Man solle den kleinen Regierungen doch ja nicht den Gefallen thun, das Parlament zurückzuweisen, — aber man solle das Parlament auch nicht annehmen, ohne an das Reichswahlgesetz zu erinnern. Ohne Legitimität zu sein, stelle er sich in dieser Frage auf den legitimitätlichen Volksoberboden von 1849, der, wenn er auch noch schwach ist, doch allmählich so stark werden wird, das Volk und eine Zentralgewalt zu tragen. Auch in dieser Frage sollten keine Parteien sein. Redner erinnert an die Ausdauer der Spanier, die immer und immer wieder die Cortes von 1812 auf die Fahnen der Bewegung geschrieben und endlich doch besiegt hätten. (Redner schließt unter lebhaftem alleinigem Bravo.)

W. Eder begründet seinen Antrag. Er stimmt im Wesentlichen mit dem Ausschuss überein, nicht aber für die Neutralität, wenigstens nicht der südwestlichen Gruppe. Preußen müsse sich der Bundesentscheidung unterwerfen, denn eben Preußen sei der eigentliche Urheber des Kriegs. Stimme man für die Neutralität, so werde man sagen, derjenige Theil des Volks, der hier getagt, habe sein nationales Recht aufgegeben. (Großer Beifall.)

Dr. Passavant zur Begründung seines Antrags: Für einzelne Länder, z. B. Sachsen und Kurhessen, sei Neutralität geradezu unmöglich; bei einem ausbrechenden Krieg seien die Mittelstaaten aber auch nicht im Stande, gegen das Ausland (Frankreich) wirksam aufzutreten, wie der Ausführantrag gesagt. Im Fall eines Sieges Preußens werde sich dieses auch nicht mit Schleswig begnügen; einer siegreichen Großmacht könnten die Neutralen nicht Stand halten. Wenn Oesterreich siegreich werde, werde es die deutschen Staaten schwächen. Wenn sich aber die südwestliche Gruppe mit Sachsen auf eine Seite schlage, könnte sie ein Wort mitsprechen und sagen: „Bis hierher und nicht weiter!“ Schließlich spricht Redner dafür, daß die Mittelstaaten sich für Oesterreich und gegen Preußen erklären müßten; denn wenn auch die Schuld Oesterreichs anfänglich die gleiche gewesen, so sei es doch auf einen besseren Weg zurückgeführt. (Lebhafter Beifall.)

G. Egg zur Begründung seines Antrags: Auch die deutschen Landesvertretungen tragen einen Theil der Schuld, wenn der Rhein ein „deutsches Venetien“ werde; die bloße Forderung: „wir wollen eine Volkswahlrecht“, genüge nicht. Diese müßte dadurch erlangt werden, daß man den Regierungen das Geld verweigere.

Schulze-Delitzsch, nachdem er ein paar Worte über die

Kanonenschläge gesprochen: Die Versammlung sei in der Verbammung des Kriegs einig, nur in der Wahl der Mittel verschiedener Ansicht; er sei für den Ausführantrag. Er finde es ganz natürlich, daß Preußen nur Antipathien begegne, denn es habe alles Mögliche gethan, sich zu isoliren; und wenn man eine Prämie darauf setzen wolle, sich unpopulär zu machen, werde man es nicht ärger treiben können; aber andererseits seien auch die Sympathien für Oesterreich unbegreiflich. Oesterreich müsse dem nationalen Zug entgegengetreten, sonst betrete es seine Zertrümmerung. Redner wendet sich sodann gegen die Ausführungen Dr. Passavant's, daß die Mittelstaaten sich an Oesterreich anschließen sollten, indem er auf die Verliebtheit der Oesterreicher und preussischen Bevölkerung näher eingeht; das preussische Volk sei sich bewußt, daß der Krieg ein dynastischer sei, und darum sei es gegen denselben; die Oesterreicherische Bevölkerung sei aber dafür. Bei einem Sieg und daraus folgender Suprematie Oesterreichs würden sich für Deutschland in wirtschaftlicher Beziehung traurige Folgen ergeben. Redner findet Widerspruch, als er nachzuweisen sucht, daß die preussische Regierung das Volk fragen müsse und werde; und als er sagt: „Ich lasse mich durch Ihre Unterbrechung so wenig irre führen, als durch die Kanonenschläge von vorhin“ (ein Theil der Versammlung hat verstanden: „Ihre Kanonenschläge“), entsetzt ein großer Tumult. Man hört die Rufe: „Unverschämte!“ „Zur Ordnung!“ u. s. Anhaltende Widerspruch auf beiden Seiten; schließlich wird Schluß verlangt. Demonstrativer Applaus beim Abgang des Redners.

Neergaard aus Kiel: Mit Resignation sei er hieher gekommen; mit Betrübnis werde er heimkehren. Redner wendet sich in einer durch öftern Beifall unterbrochenen Rede gegen den Ausführantrag, weil er eine einmüthige Haltung des Volks in unserer jetzigen Lage nicht hervorbringen könne. Es sei Verrath, in einem Bürgerkrieg neutral zu bleiben (Beifall und Widerspruch); das Volk müsse Partei gegen den nehmen, der den Krieg anfangt. Die Unfreiheit Schleswig-Holsteins sei es allein, welche die gegenwärtige Situation beherrsche. Nehme man den Ausführantrag an, so würden für die Folge nicht viele Schleswig-Holsteiner wieder hieher kommen. (Beifall.)

Buntzsch gegen den Vorredner, der gesagt, es sei Verrath, neutral zu bleiben, während der Ausschuss es für Pflicht erklärt, „möglichst lang“ neutral zu bleiben. Bis jetzt werde der Krieg nur aus dynastischen Zwecken beabsichtigt; treten einmal die Volkseinstimmen ein, dann müsse man aufhören, neutral zu bleiben. Wenn es umgelaufe, namentlich den Süden zurückzuhalten von der Theilnahme für einen Suprematiekrieg, so könne er seine Kräfte aufsparen gegen etwaige Gellische Frankreichs; auch werde der Krieg mehr lokalisiert.

Dr. Freese (aus Preußen), von allen Rednern der bitterste, indem er zugleich mit heftigen Ausfällen gegen das preussische Abgeordnetenhaus das persönliche Gebiet betritt. Er spricht mit Sarkasmus, Ironie gegen das liberale Großpreussenthum. Er erzählt, daß J. Jacoby vor zwei Jahren zum letzten Mal den Versuch gemacht habe, die schleswig-holsteinische Sache in die preussische Kammer zu bringen; er habe aber seinen Antrag (der nur knapp so viel Stimmen erhalten, als zur Unterfütterung notwendig) wieder zurückziehen müssen, „weil er dem Haus die Schmach ersparen wollte, ihn durchfallen zu lassen.“ Es sei unerlaublich, die Abgeordneten der deutschen Nation zusammenzubringen und ihnen solche Propositionen zu machen. Neutralität sei der Bruderkrieg etc. (Großer Beifall.)

Dr. Braun aus Wiesbaden beginnt mit einer Bemerkung gegen den Vorredner, der die preussischen Abgeordneten verunglimpft habe (Widerpruch). Der Ausschuss sei ja nicht für Neutralität um jeden Preis, sondern nur für so lange, als es sich um einen Kabinetkrieg handele. Redner schließt: „Wenn Sie die Wege des Hrn. Dr. Freese betreten, werden Sie Preußen zu einem neuen Othmüß führen.“

Sch. Rath Knies aus Heidelberg in verbindlichem Sinn für den Ausschuss. Er beantragt, die Debatte zu schließen, wenn noch ein Redner für und gegen den Antrag des Ausschusses gesprochen. Viele Stimmen verlangen überhaupt Schluß. Bei der vorgenommenen Abstimmung spricht sich die Mehrheit für Schluß aus. Es sind noch viele Redner für, aber noch mehr gegen den Antrag vorgemerkt, denen damit das Wort entzogen ist. Böll als Referent erhält das Endwort und verheißt wiederholt die Ausführanträge. Dr. Freese, der das Wort zu einer persönlichen Bemerkung will, aber nicht erhält, sucht demungeachtet zu Wort zu kommen; Tumult, Schreien. Es erfolgt schließlich der Ordnungsruf Dr. Freese's durch den Präsidenten Bennigsen. W. Eder zieht seinen Antrag zurück. Der Passavant'sche Antrag wird hierauf abgelehnt; damit fällt der Goeg'sche Antrag. Der Antrag des Ausschusses wird hierauf mit großer Majorität angenommen. Schluß der Versammlung 3/4 Uhr.

X Frankfurt, 21. Mai. Nach Eändern geordnet, betheiligten sich bei dem gestrigen Abgeordnetentag aus Frankfurt 37, Baden 37, Nassau 34, Schleswig-Holstein 31, Kurhessen 31, Großherzogthum Hessen 28, Preußen 18 (darunter Bader-Dortmund, Eyd, Schulze-Delitzsch, Götze, Freese, Blüning), Bayern 14, Mecklenburg 4, Hannover 3, Bremen 3, Württemberg 2 (Hölder, Tafel), Königreich Sachsen 2, Meiningen 2, Oldenburg 2, Koburg-Gotha 1, Weimar 1, Lippe-Deimold 1 und Hessen-Darmstadt 1; im Ganzen somit 252 gewesene und gegenwärtige Landesvertreter.

Die unmittelbar nach Schluß des Abgeordnetentags im „Circus“ abgehaltene demokratische Volksversammlung war von etwa 3000 Theilnehmern besucht und verlief in besser parlamentarischer Ordnung. Die vorgeschlagenen Resolutionen (s. gefr. Bl.) wurden fast einstimmig angenommen. Den Vorsitz führte Dr. Kolb aus Speyer. Als Redner traten auf Bebel aus Leipzig (Arbeiter), Redakteur Mai aus Altona, Rippen aus Holseln, K. Grün aus Frankfurt, Dr. Landendorf aus der Schweiz, K. Mayer aus Stuttgart, Beust aus Zürich, Hausmann aus Stuttgart, Verchenau von Wien, G. Weller (Arbeiter) von hier. Schließlich wählte man ein 12gliedriges Komitee (Bebel, Eichelschäfer aus Baden, K. Grün, G. Egg aus Baden, Kolb, Dr. Morgenstern aus Jülich, K. Mayer aus Stuttgart, v. Neergaard aus Kiel, A. Rödel von hier, G. Struve, Trabert von Hanau und Krämer aus Doos; (der mit in Vorschlag gebracht Sonnemann unterlag), das ein Programm entwerfen und dieses in den resp. heimathl. Volksversammlungen zur Annahme empfehlen soll. In diesen Volksversammlungen sollen dann Delegirte gewählt werden, welche nach Frankfurt kommen und einen ständigen Ausschuss bilden sollen.

Frankfurt, 22. Mai. (Sch. M.) Die „N. Frkf. Ztg.“ bringt eine Erklärung der zum Abgeordnetentag erschienenen 29 schleswig-holsteinischen Abgeordneten, dahin gehend, daß sie ohne Ausnahme gegen den Ausführantrag gestimmt hätten.

In der Angelegenheit der Saarkohlenwerke freut sich die „Saarb. Ztg.“ auf Grund glaubwürdiger Mittheilung melden zu

können, daß Hrn. C. Stumm in Berlin hohen Orts die Versicherung erteilt worden ist, daß alle jene Gerüchte wegen Verkaufs, Verpachtung oder Verpfändung des mehrgenannten bergbaulichen Eigenthums ohne jeden Grund seien und in Berlin Niemand daran denke, die Staatswerke direkt oder indirekt in andere Hände übergeben zu lassen.

Wie man der „Allg. Ztg.“ mittheilt, wären im Rache-Thal bereits 20,000 Mann Preußen aufgestellt, und eben so zahlreich wäre der Hunrück besetzt.

Dresden, 19. Mai. Das Gerücht, daß das „Grüne Gewölbe“ ausgeräumt worden sei, wird in der „D. N. Z.“ als falsch bezeichnet. Gestern Abend brach der Gasometer der Neustädter Gasanstalt zusammen und vergrub unter seinen Trümmern mehrere Menschen. In Chemnitz haben mehrere Fabriken die Arbeit eingestellt, andere kürzen die Arbeitszeit.

Ueber Sachsens Rüstungen will die „Kreuz-Ztg.“ Folgendes in Erfahrung gebracht haben: Alle Truppen, welche bisher am rechten Elbufer garnisonirt sind, sind, mit Ausnahme der in Großenhain zurückgebliebenen 3 Schwadronen des 1. Reiterregiments, auf das linke Ufer des Stroms gezogen. So stehen nur das 15. und 16. Infanteriebataillon in Dresden, und die beiden reitenden Bataillone aus Radeburg sind südlich von Dresden in Quartiere gelegt. Weitere Dislokationen haben dadurch stattgefunden, daß das 13. Infanteriebataillon und das 3. Jägerbataillon aus Dresden nach Freiberg marschirt sind, die ganze 3. Infanteriebrigade aber sich um Meissen zusammengezogen hat. Das 14. Infanteriebataillon ist zur Besatzung für den Königstein bestimmt.

Berlin, 20. Mai. Die „Volks-Ztg.“ schreibt: Im Lauf der vergangenen Woche ging durch die hiesigen Zeitungen das Gerücht, daß in Berlin 13,000 Arbeiter aus den hiesigen Fabriken entlassen worden seien. Dies wurde in Folge einer amtlich angefertigten Recherche bestritten und behauptet, daß die Zahl der Entlassenen nur 997 sei. Dies mag von den wirklich abgemeldeten Arbeitern richtig sein; die Zahl Derjenigen aber, die noch in den Werkstätten sind, jedoch nichts zu thun haben und sich nur nicht abmelden lassen, weil sie sonst zum Theil Berlin wegen Arbeitslosigkeit verlassen müßten, wird, gering angeschlagen, nicht unter 10,000 sein. Wie groß die Arbeitsnoth ist, kann man schon daraus berechnen, daß sich in Folge eines Inserates in unserer Zeitung, in welchem Tischler- und Instrumentenmacher-Gesellen nach außerhalb verlangt werden, in unserer Expedition über 1000 gemeldet haben.

Genf. Letzter Tage ist Emma, die Königin der Sandwichinseln, mit ihrem Gefolge im „Hotel des Bergues“ in Genf abgestiegen, wo sie sich einige Zeit aufhalten wird. Sie hat England Frankreich und Italien durchkreuzt.

St. Petersburg, 15. Mai. Komissarow-Kostromski ist über all den Fuldigungen, die man ihm erwiesen, ernsthaft erkrankt.

London, 22. Mai. Die Zeitungsnachricht von der Zahlungseinstellung der Pariser Filiale der hiesigen Agrar- und Maschinen-Werkbank ist unbegründet.

Das Hamburger Post-Dampfschiff „Leutonia“, Kapitän Haack, von der Linie der Hamburg-Amerikanischen Paketfabriken-Gesellschaft, ging, erpedirt von Hrn. August Volken, William Müller's Nachf., am 19. Mai von Hamburg nach New-York ab.

Außer einer starken Brief- und Paketpost hatte dasselbe 67 Passagiere in der Kajüte und das Zwischendeck mit Passagieren voll besetzt, sowie auch den Laderaum mit Waaren.

New-York, 8. Mai. Der Dampfer „Africa“ und per Telegraph von Groothaven.) Das Post-Dampfschiff des Nordd. Lloyd „Neu-York“, Kapitän G. Ernst, welches am 22. April von Bremen und am 25. April von Southampton gelehrt war, ist am Montag den 7. Mai, 6 Uhr Morgens, nach einer Reise von 11 Tagen wohlbehalten hier angekommen.

Karlsruhe, 19. Mai. 41. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 24. Mai, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Erstattung und Berathung des Berichts über die Vorlage, die Bewilligung eines außerordentlichen Kredits zur Beistellung von 1400 Militärpferden.

Marktpreise.

Ergebnis des am 12. und 15. Mai 1866 zu Billingen abgehaltenen Getreidemarktes.

Getreidegattung.	Verkauf.	Ganze Verfaufsumme.	Preis per Mtr.	Ausschlag per Mtr.	Abschlag per Mtr.
Kernen	992	4932 fl. 11 fr.	4 fl. 58 fr.	fl. 10 fr.	fl. — fr.
Roggen	3	10 fl. 48 fr.	fl. — fr.	fl. — fr.	fl. — fr.
Gerste	18	57 fl. 36 fr.	3 fl. 12 fr.	fl. — fr.	1 fl. 18 fr.
Bohnen	9	36 fl. 36 fr.	4 fl. 4 fr.	fl. — fr.	fl. — fr.
Erbsen	—	fl. — fr.	fl. — fr.	fl. — fr.	fl. — fr.
Wichelfrucht	39	116 fl. 32 fr.	2 fl. 59 fr.	fl. 1 fr.	fl. — fr.
Wicken	—	fl. — fr.	fl. — fr.	fl. — fr.	fl. — fr.
Haber	267	1012 fl. 32 fr.	3 fl. 48 fr.	fl. 5 fr.	fl. 2 fr.
Ersparthe	—	fl. — fr.	fl. — fr.	fl. — fr.	fl. — fr.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

20. Mai	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28° 1.16"	+ 8.0	R.D.	schw. bew.	heiter, frisch
Mittags 2	" 1.30"	+ 11.0	"	"	" milb
Nachts 9	" 1.73"	+ 8.5	"	"	" frisch
21. Mai					
Morgens 7 Uhr	28° 1.93"	+ 7.0	R.D.	schw. bew.	heiter, vorber R.D.
Mittags 2	" 1.70"	+ 10.5	"	"	" kühl
Nachts 9	" 1.53"	+ 6.0	"	"	" frisch

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Krotenlein.

Großherzogliches Hoftheater.
Donnerstag 24. Mai. 2. Quartal. 63. Abonnementsvorstellung. Ein alter Musikant; Schauspiel in 1 Akt, von Ch. Birch-Pfeiffer. Hierauf: Der Fabrikant; Schauspiel in 3 Akten, nach Souvestre von Ed. Devrient. „Tartini“ und „Cantal“ — Hr. Höcker vom herzogl. Hoftheater in Meiningen zur ersten Gastrolle.
Freitag 25. Mai. 2. Quartal. 64. Abonnementsvorstellung. Der schwarze Domino; komische Oper in 3 Akten, von Auber.

3.1.193. Baden. Allen auswärtigen Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die traurige Nachricht, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unsern lieben unvergeßlichen Gatten, Bruder und Schwager,
Fried. Leeger,
 nach einer langwierigen schmerzhaften Krankheit, den 18. d. Mts., in einem Alter von 39 Jahren und 10 Monaten, in ein besseres Jenseits abzurufen.
 Wir bitten um stille Theilnahme.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

3.1.194. Baden. Heute Morgen 4 Uhr verschied mein geliebter Gatte, **Medizinrath F. J. Fuchlin**, in Folge einer Brustentzündung; welche Trauerkunde ich hiemit seinen Freunden und Bekannten mittheile.
 Baden, den 21. Mai 1866.
 Ida Fuchlin, geb. Fode.

3.1.200. Karlsruhe u. Buchen. Am 21. d. M. verschied plötzlich in Pforzheim in Folge eines Blutschlages unser lieber Bruder
Leonhard Kiefer,
 Verwalter der groß. Hül- und Pflanzanstalt allda, im Alter von 35 Jahren.
 Freunden und Bekannten widmen in tiefer Trauer diese Anzeige,
 Karlsruhe und Buchen, im Mai 1866,
 Die hinterbliebenen Geschwister.

Literarische Anzeige.
3.1.201. So eben erschien bei **A. Kröner in Stuttgart** und ist in allen Buchhandlungen zu haben:
Ein Vortrag über die politische Noblesse im Verfassungsstaat mit besonderer Anwendung auf **Baden.** Zugleich als Abhandlung einer allgemeinen deutschen Frage. Von einem **badischen Staatsbürger.** (Professor **Hermann Doll** in Karlsruhe.)
 Preis 6 Kr.

3.1.198. Bei Carl Aldenhoven, Hofbuchhandlung in Donaueschingen, sind erschienen:
Gesetze, die neuen, über:
 I. Die Bequartierung und Verpflegung der groß. badischen Truppen bei den Landesbewohnern im Frieden.
 II. Die Stellung und Vergütung der Militärführer und die Stappengelder nebst Vollzugsverordnung und Beilagen.
 III. Stappentafel zwischen Baden und Preußen.
 Preis 48 Kr.

3.1.139. A. Pfenninger.
Wagen zu Ausflügen nach dem reizenden Rensthal, sowie dessen Bädern, und der Ruine von Allerheiligen, Schloß Staufenberg etc. sehen zu jeder Zeit bereit.
August Gromer, Posthalter.

Lehrlingsgesuch.
3.1.749. In ein Material- und Farbwaaren-Geschäft ein gros kann ein mit guten Vorkenntnissen versehener junger Mann aus guter Familie als Lehrling eintreten.
 Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Buchhalter-Gesuch. **3.1.196.** In geschäft des Schwarzwalder wird ein verheiratheter Buchhalter gesucht, der zugleich die Korrespondenz theilweise zu besorgen hat.
 Frankfurter Offerten mit Angabe der Referenzen besorgt unter Nr. 100 die Expedition der Karlsruh. Ztg.

3.1.172. Freiburg.
Guts-Verkauf.
 In einem Orte des badischen Oberlandes ist ein Landgut mit herrlichem Wohnhaus und prachtvollem Garten, nebst mehreren Morgen Acker und Nebelände unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Auch ist daselbst eine schon möblirte Wohnung für eine größere Familie sogleich zu vermieten.
 Näheres zu erfragen im öffentlichen Geschäftsbureau von **Fab. Siefert,** Gerberau Nr. 655.
 Freiburg, 18. Mai 1866.

3.1.115. Karlsruhe.
Hausversteigerung.
 Aus dem Nachlaß der Anstreicher Ludwig Weber Wittwe, Wilhelmina, geborne Schaaf, von hier wird
 Mittwochs den 6. Juni d. J.,
 Nachmittags 3 Uhr,
 im Geschäftszimmer des Unterzeichneten, Waldhornstraße Nr. 30 daber,
 eine zweistöckige Behausung sammt liegenschaftlicher Zugehörde, in der kleinen Herrenstraße Nr. 20, neben der Bürgervereins-Gesellschaft und Schuhmacher Sauerlich gelegen, öffentlich versteigert, und der Zuschlag endgültig ertheilt, wenn der Schätzungspreis von 7000 fl. oder mehr geboten wird.
 Die Versteigerungsbedingungen können inwischen bei dem Unterzeichneten eingesehen werden.
 Karlsruhe, den 15. Mai 1866.
 Groß. Notar **Karl Philipp.**

3.1.79. Bad Petersthal

ist seit dem 15. Mai eröffnet. In reizender Gegend gelegen. Höhenlage 1300 Fuß über dem Meere, in der Nähe mächtiger Nadelholzabwäldungen.
Die Heilquellen, ausgezeichnet durch den größtmöglichen Reichthum an freier Kohlensäure und durch, für den Kurzwed glückliche Mischungsverhältnisse von Eisen und lösenden Salzen, beleben und härten das Blut und Nervenstamm und Verdauungsorgane, betätigen zugleich die natürlichen Ausscheidungen, eignen sich daher im Allgemeinen für Blutmuth, Nervenlähmung und Verdauungsstörungen.
 Die Siphonquelle (Eithtonföhrung) hat nebenbei durch einen beträchtlichen Gehalt von kohlensaurem Lithion spezifische Wirkung bei Blasenleiden und Krankheiten, die auf Harnsäureüberschuß im Blute beruhen.
Die „Magnefine“, ein durch die Verflüchtung der Salzquelle moussirendes Bitterwasser, wirkt leicht abführend, ohne die geringste Schädigung der Verdauungsorgane, und eignet sich vorzüglich zum kurmäßigen Trinken für Verdauungsschwäche mit Stuhlverhaltung, Unterleibsvollblütigkeit und Hämorrhoidalbeschwerden. Außer den gewöhnlichen Kurmitteln sind umfangreiche Einrichtungen zur Verwerthung des Quellengases (Kohlensäure), welches in außerordentlicher Menge aus den Quellen entströmt, getroffen.
 Casdouché bei Energielosigkeit der Nerven, des Gehör- und Gesichtsinnes. Casbagin al douché bei hartnäckigem fluor albus. Casbäder, bei Schwächezuständen der Nerven, rheumatischen und hysterischen Affektionen; **Casprindelbäder** (Gaseinrichtungen durch einen doppelten Boden der Bännen in das Baden-mineralwasser), welche letztere zu den wirksamsten Haut- und Nervenstamm reizenden Bädern gehören, bei allen in der Blutmuth begründeten Lokalleiden, namentlich Nervenlähmung und Hysterie.
Post- und Telegraphenbureau in der Anstalt. Täglich dreimalige Postverbindung mit der Eisenbahnstation **Appenweier.**
 Petersthal, im Mai 1866.

F. K. Müller,
 Badeigenthümer.
Dietenmühle bei Wiesbaden.
 Kaltwasser- und naturheilkundige Behandlung, Heilgymnastik, Elektrizität, irisch-römische und russische Dampfbäder, Kiefernadelbäder und pneumatische Apparate.
 Conf. Arzt **Dr. A. Genth.**
 3.1.238.
 3.1.239.

Nordseebad Dangast

bei **Barel, Oldenburg.**
 Auf einer Halbinsel im Jadebusen gelegen, und auf der dem Lande zugewendeten Seite von höchsten Partanlagen begrenzt, gewährt das Bad die freieste Aussicht auf den im Bau befindlichen k. preussischen Kriegshafen zu **Devens** und dessen von Schiffen jeder Art stets belebte Mole.
 Hinsichtlich seiner geschätzten Lage und seines milden, nicht überreizenden Wellenschlages, sowie in Anbetracht, daß man bei einer Reise nach Dangast den Beschwerden einer Seefahrt nicht ausgesetzt ist, eignet sich das Bad vorzugsweise für schwächere Kranke und Reconvalescenten.
 Nur eine Stunde von der Stadt **Barel** (Obergericht) entfernt, bietet Bad Dangast alle Vorteile und Annehmlichkeiten, welche aus der Nähe eines solchen Verkehrsunktes erwachsen, und ermöglicht die von keinem Seebade erreichte Billigkeit des Aufenthalts.
Anfang der Saison am 1. Juni.
 Schwefel-, Stahl-, Siphonbäder, Seebäder u. s. w. zu jeder Tageszeit; **Mollenanstalt.**
Die Badedirektion.

Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft.
 Direkte Post-Dampfschiffahrt zwischen **Hamburg und New-York,**
 eventuell **Southampton** anlaufend, vermittelst der Post-Dampfschiffe
Alemannia, Capt. **Tranmann** am 26. Mai. **Bavaria,** Capt. **Laube,** am 16. Juni.
Borussia, „ **Schwenen,** „ 2. Juni. **Saronia,** „ **Meier,** „ 23. Juni.
Germania, „ **Ehlers,** „ 9. Juni. **Leontina,** „ **Gaas,** „ 30. Juni.
Hammonia (im Bau). **Cimbria** (im Bau).
 Die mit * bezeichneten Dampfschiffe laufen **Southampton** nicht an.
 Passagerepreise: Erste Kajüte Pr. Grt. **Thlr. 150,** Zweite Kajüte Pr. Grt. **Thlr. 110,** Zwischendeck Pr. Grt. **Thlr. 60.**
 Fracht bis auf Weiteres ermäßigt auf **100 Pf. St. 2. 10** pr. ton von 40 hamb. Kubfuß mit 15% Primage.
 Näheres bei dem Schiffsmatrosen **August Volten,** Wm. Miller's Nachfolger, Hamburg, und dessen Agenten: **Karl Hund** in Albern und dem **Central-Expeditions-Bureau Mannheim** Nr. 270.
 3.1.283. Karlsruhe.

Nach New-York

jede Woche zweimal per Dampfboot zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Rabus & Stoll in Mannheim.
Franz Perrin Sohn in Karlsruhe.

3.1.104. Nr. 584. Mannheim.
Schwellenlieferung für die Eisenbahn-Bauten in **Mannheim.**
 Höherem Auftrage zufolge sollen die zum Bau der hiesigen Eisenbahnbauten erforderlichen Schwellen, bestehend in
 3,850 Stück eigenen Stoßschwellen,
 450 „ „ Zwischenschwellen,
 30,000 „ tannenen oder forlenen Zwischenschwellen,
 3,800 „ = 20,890 „ tannenen oder außergeforlenen Schwellen, wöhl.
 1,000 „ = 7622 „ eigenen Schwellen,
 in der Zeit vom 1. Juli d. J. bis 1. Januar 1867 geliefert, und diese Lieferung, welche auf jede Güterbeförderungs-Station der groß. bad. Staats-Eisenbahn gesehen kann, einer öffentlichen Submission unterworfen werden.
 Die näheren Bedingungen über die Beschaffenheit der Schwellen und über den Vollzug der Lieferung überhaupt liegen bei dieser Stelle auf und können jederzeit eingesehen werden.
 Diejenigen, welche zur Uebernahme der Lieferung im Ganzen oder nur zum Theile geneigt sind, werden eingeladen, ihre beschlagnahmten Angebote in portofreier und mit der Aufschrift „Schwellenlieferung“ versehenen Briefen bis
Montag den 28. d. Mts., Vormitags 10 Uhr,
 bei uns einzureichen und dabei anzugeben:
 1) Wie viel Stück in Eichen-, Forlen- oder Tannenholtz,
 2) auf welche Eisenbahn-Güterstation,
 3) um welchen Preis das Stück geliefert werden wolle, und
 4) aus welchen Waldungen das Holz zu den Schwellen bezogen wird.
 Mannheim, den 14. Mai 1866.
 Groß. bad. Wasser- und Straßenbau-Inspektion. **Dyckerhoff.**
 Rud.

3.1.190. Rülmermeister August Hedenjos in **Lahr** hat ungefähre 18 Dhm 1865 Durbacher Kleiner aus Austrag parthiweise oder im Ganzen zu verkaufen.
3.1.118. Einshelm.
Hausversteigerung.
 Die Erben des Herrn **Karl Christian Garkoph** von hier lassen
 Mittwochs den 13. Juni d. J.,
 Nachmittags 2 Uhr,
 auf dem Geschäftszimmer des Unterzeichneten ver-
 steigern:
 Eine zweistöckige, massiv von Stein erbaute Behausung mit geschlossenem Hofraum nebst Seitenterrassen mit Wohnung, Scheuer, Stallung, drei großen gewölbten Kellern und dabei liegenden 55 1/2 Ruthen Gemüsegarten an der Straße nach **Waldstätt** dahier gelegen.
 Diese Realitäten eignen sich zu jedem größeren Geschäftsbetrieb, insbesondere der großen und guten Keller wegen zu einer Weinhandlung.
 Die Kaufbedingungen werden vor der Steigerung bekannt gemacht, können aber auch bis dahin bei dem Unterzeichneten eingesehen werden.
 Einshelm, den 16. Mai 1866.
Helbling, Notar.

3.1.199. Karlsruhe.
Instrumenten-Verkauf.
 Das diesseitige Regiment hat 2 große Trommeln und 2 Fagole zu verkaufen.
 Die Instrumente sind in einem ganz guten Zustande, namentlich ist eine von den Trommeln vorzüglich und für jede Musik geeignet.
 Nähere Auskunft ertheilt die Regiments-Adjutantur, und können daselbst die Instrumente zu jeder Zeit besichtigt werden.
 Karlsruhe, den 22. Mai 1866.
 Die Adjutantur des groß. Leib-Grnaderegiments. **3äger Schmidt, Dblt.**
3.1.149. Nr. 310. Waldkirch. (Holzversteigerung.) Aus den Domänenabwäldungen versteigern wir mit Vorsatz
 3.1.121. Nr. 3260. **Gerlachshausen.** (Aufsorderung.) Die Wittve des am 1. Februar d. J. verstorbenen **Anton Schmitt** von **Wiesbaden** hat um Einweisung in Besitz und Genuß der Verlassenschaft ihres 7 Mannes, und werden wir diesem Bescheide entsprechen, wenn nicht
 binnen 6 Wochen
 Einsprache erhoben wird.
 Gerlachshausen, den 17. Mai 1866.
 Groß. bad. Amtsgericht. **Schwab.**
3.1.94. St. Jgen, Amtsgerichts Heilberg. (Erbdobabuna.) Die im Jahr 1854 nach Australien ausgewanderte **Christine Kettmann** von **St. Jgen**, welche als vermählt bezeichnet ist, wird zu den Erbtheilungsverhandlungen auf das hiesige Katharina, geborne **Kettmann**, von **St. Jgen**, mit Brief von drei Monaten unter dem Bedenken öffentlich vorgeladen, daß, wenn sie nicht erscheint, die Erbtheilung vorgenommen werden, welchen sie zustimmt, wenn **Christine Kettmann** zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre.
 Heilberg, den 14. Mai 1866.
 Der groß. Notar **Theodor Freyzer.**
3.1.137. Nr. 814. Straß-Kammer. Offenburg. (Urtheil.) In Anklagesachen gegen **Bibiana Benz** von **Einbach**, wegen Diebstahls, wird auf geflossene Hauptverhandlung zu Recht erkannt:
 Die Angeklagte **Bibiana Benz** von **Einbach** sei des Diebstahls von beiläufig 160 fl. Geld und von verschiedenen Fabrikaten, im Werth von 3 fl. 36 kr., zum Nachtheil ihrer Dienstherrschafft, der **Flugwirth Joseph Willmann** Geheule von **Unterbad**, schuldig zu erklären und deshalb zu einer Kreisgefängnißstrafe von Einem Jahr, geschürt durch vierzehn Tage Hungerloß, sowie in die Kosten des Strafverfahrens und der Vollstreckung zu verurtheilen.
 Dies wird der sächlichen Angeklagten hiemit ver-
 fändel.
 So gesehen **Offenburg**, den 1. Mai 1866.
 Groß. Kreis- und Hofgericht. **Ottendorff.**
3.1.136. Nr. 816. Offenburg. (Urtheil.) **J. A. S.** gegen **Joak Weil** von **Bühl**, wegen Verübung unzüchtiger Handlungen mit einem noch nicht mannbaren Mädchen unter 14 Jahren, wird auf geflossene Hauptverhandlung zu Recht erkannt:
 Der Angeklagte **Joak Weil** von **Bühl** sei der Verübung unzüchtiger Handlungen mit einem noch nicht mannbaren Mädchen unter 14 Jahren schuldig zu erklären, und deshalb zu einer Kreisgefängnißstrafe von fünf Monaten, geschürt durch zehn Tage Hungerloß, sowie in die Kosten des Strafverfahrens und der Vollstreckung zu verurtheilen.
 Dies wird dem sächlichen Angeklagten hiermit ver-
 fändel.
 Offenburg, den 1. Mai 1866.
 Groß. Kreis- und Hofgericht, **Strasskammer.** **Ottendorff.**
3.1.122. Nr. 4654. Durlach. (Belanntmachung.) **Feldmeister Jakob Heinrich Martin** von **Beigarten** wurde heute als Bezirksagent der Feuer-
 versicherungskassant der **bayerischen Hypothekens- und Wechselbank** beauftragt; was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.
 Durlach, den 18. Mai 1866.
 Groß. bad. Bezirkskamm. **Spangenberg.**
3.1.114. Bühl. (Erledigte Aktuarsstelle.) Bei diesseitigem Amtsgericht ist eine Aktuarsstelle mit 450 fl. Gehalt und einigen Nebenbediensten frei, welche bis zum 1. Juni oder auch sogleich besetzt werden kann. Etwas Bewerber wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse alsobald melden.
 Bühl, den 18. Mai 1866.
 Groß. bad. Amtsgericht. **Mußler.**
 3. Dgl.: **Sch, A. J.**

Dienstag den 5. Juni d. J.
 Vormittags 8 Uhr,
 im Gasthaus zum Hirschen (Post) in **Elzach** aus dem
 Distrikt **Kallmer:**
 8 1/2 Kftr. forlene Scheitholz, 10 1/2 Kftr. forlene
 Brühlholz und 125 Stüd forlene Wellen;
 Mittwochs den 6. Juni d. J.,
 Vormittags 10 Uhr,
 im Gasthaus zum Hirschen in **Unterfimonswald** aus
 dem Distrikt **Kandelwald:**
 17 1/2 Kftr. buchene, 66 Kftr. tannene, 3 Kftr.
 aspenes Scheitholz, 77 Kftr. buchene, 90 Kftr. tan-
 nenes Brühlholz und 24 Kftr. buchene Kofholz,
 sowie 12 Loose Abfallreis.

Das Holz im **Kallmer** ist an einem guten Abfuhr-
 weg und wird von **Domänenwaldhüter Ditsch** in
Elzach den Steigerungsgehebern auf Verlangen vor-
 gezeigt werden. Das **Kandelwald** im **Kandelwald** be-
 findet sich sämmtlich auf dem **Elterbacher Holzplatz**,
 und es ist **Domänenwaldhüter Gehringer** in **Unter-**
fimonswald mit dem Vorgehen desselben beauftragt.
 Waldkirch, den 17. Mai 1866.
 Groß. bad. Bezirksforstei.
Krutina.

3.1.195. Langensteinbach. (Holzversteigerung.) Aus **Domänenabwäldungen** diesseitigen
 Forstbezirks werden versteigert am
 Samstag den 2. Juni, Vormittags 9 Uhr,
 zu **Langenbach** im **Gasthaus zum Röhle**,
 in den Schlägen des Distrikt **Tannwald**, **Abth. 5** und
 6, und außer den Schlägen: 1 tannener **Bauholz-**
stamm, 47 1/2 Kf. tannenes neß 1/2 Kf. buchene
 Scheitholz, 101 1/2 Kf. tannenes und buchene **Brühl-**
holz, und vom **Auftrieb** einer **Weglinie** im **Distrikt**
„Wiesbachwald“: 53 forlene und längere **Stämme**
 und **Kfße**, 1 buchener **Stamm** und 5 längere **Gerüst-**
stangen;
 am nämlichen Tage, Nachmittags 3 Uhr,
 zu **Marzell** auf der **Mühle**,
 im **Distrikt Oberflorwald**, **Abth. 1**, „**Zellerberg**“:
 2 1/2 Kf. gemischtes **Brennholz**, 4825 buchene und 50
 forlene **Reißwellen**.
 Langensteinbach, den 20. Mai 1866.
 Groß. bad. Bezirksforstei.
Mathes.

3.1.121. Nr. 3260. Gerlachshausen. (Aufsorderung.) Die Wittve des am 1. Februar d. J. verstorbenen **Anton Schmitt** von **Wiesbaden** hat um Einweisung in Besitz und Genuß der Verlassenschaft ihres 7 Mannes, und werden wir diesem Bescheide entsprechen, wenn nicht
 binnen 6 Wochen
 Einsprache erhoben wird.
 Gerlachshausen, den 17. Mai 1866.
 Groß. bad. Amtsgericht. **Schwab.**

3.1.94. St. Jgen, Amtsgerichts Heilberg. (Erbdobabuna.) Die im Jahr 1854 nach Australien ausgewanderte **Christine Kettmann** von **St. Jgen**, welche als vermählt bezeichnet ist, wird zu den Erbtheilungsverhandlungen auf das hiesige Katharina, geborne **Kettmann**, von **St. Jgen**, mit Brief von drei Monaten unter dem Bedenken öffentlich vorgeladen, daß, wenn sie nicht erscheint, die Erbtheilung vorgenommen werden, welchen sie zustimmt, wenn **Christine Kettmann** zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre.
 Heilberg, den 14. Mai 1866.
 Der groß. Notar **Theodor Freyzer.**

3.1.137. Nr. 814. Straß-Kammer. Offenburg. (Urtheil.) In Anklagesachen gegen **Bibiana Benz** von **Einbach**, wegen Diebstahls, wird auf geflossene Hauptverhandlung zu Recht erkannt:
 Die Angeklagte **Bibiana Benz** von **Einbach** sei des Diebstahls von beiläufig 160 fl. Geld und von verschiedenen Fabrikaten, im Werth von 3 fl. 36 kr., zum Nachtheil ihrer Dienstherrschafft, der **Flugwirth Joseph Willmann** Geheule von **Unterbad**, schuldig zu erklären und deshalb zu einer Kreisgefängnißstrafe von Einem Jahr, geschürt durch vierzehn Tage Hungerloß, sowie in die Kosten des Strafverfahrens und der Vollstreckung zu verurtheilen.
 Dies wird der sächlichen Angeklagten hiemit ver-
 fändel.
 So gesehen **Offenburg**, den 1. Mai 1866.
 Groß. Kreis- und Hofgericht. **Ottendorff.**

3.1.136. Nr. 816. Offenburg. (Urtheil.) **J. A. S.** gegen **Joak Weil** von **Bühl**, wegen Verübung unzüchtiger Handlungen mit einem noch nicht mannbaren Mädchen unter 14 Jahren, wird auf geflossene Hauptverhandlung zu Recht erkannt:
 Der Angeklagte **Joak Weil** von **Bühl** sei der Verübung unzüchtiger Handlungen mit einem noch nicht mannbaren Mädchen unter 14 Jahren schuldig zu erklären, und deshalb zu einer Kreisgefängnißstrafe von fünf Monaten, geschürt durch zehn Tage Hungerloß, sowie in die Kosten des Strafverfahrens und der Vollstreckung zu verurtheilen.
 Dies wird dem sächlichen Angeklagten hiermit ver-
 fändel.
 Offenburg, den 1. Mai 1866.
 Groß. Kreis- und Hofgericht, **Strasskammer.** **Ottendorff.**

3.1.122. Nr. 4654. Durlach. (Belanntmachung.) **Feldmeister Jakob Heinrich Martin** von **Beigarten** wurde heute als Bezirksagent der Feuer-
 versicherungskassant der **bayerischen Hypothekens- und Wechselbank** beauftragt; was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.
 Durlach, den 18. Mai 1866.
 Groß. bad. Bezirkskamm. **Spangenberg.**
3.1.114. Bühl. (Erledigte Aktuarsstelle.) Bei diesseitigem Amtsgericht ist eine Aktuarsstelle mit 450 fl. Gehalt und einigen Nebenbediensten frei, welche bis zum 1. Juni oder auch sogleich besetzt werden kann. Etwas Bewerber wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse alsobald melden.
 Bühl, den 18. Mai 1866.
 Groß. bad. Amtsgericht. **Mußler.**
 3. Dgl.: **Sch, A. J.**